

4/SN-213/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 10.150/4-4/89

An das
Präsidium des Nationalrates
in W i e n1010 Wien, den 8. Juni 1989
Stubenring 1
Telefon (0222) 7500
Telex 111145 oder 111780
DVR: 0017001
P.S.K.Kto.Nr.5070.004
Auskunft
Scheer
Klappe 6249 Durchwahl

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	37 GE 9 89
Datum:	12. JUNI 1989

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mietrechtsgesetz geändert wird (MRG-Novelle 1989).

Verteilt 16. Juni 1989

H. Bauer

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beehrt sich als Beilage 25 Exemplare der ho. Stellungnahme, betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mietrechtsgesetz geändert wird (MRG-Novelle 1989), zur gefälligen Kenntnissnahme zu übermitteln.

Für den Bundesminister:

H o l y

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

H. Bauer

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 10.150/4-4/89

An das
Bundesministerium für Justizin W i e n

1010 Wien, den 8. Juni 1989

Stubenring 1

Telefon (0222) 7500

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr.5070.004

Auskunft

Scheer

Klappe 6249 Durchwahl

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Mietrechtsgesetz geändert
wird (MRG-Novelle 1989).

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales nimmt mit Bezug
auf die do. Note vom 28. April 1989, GZ. 7101/320-I 7/89, zum
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Mietrechtsgesetz ge-
ändert wird (MRG-Novelle 1989), wie folgt Stellung:

Zu Art. I Z 5 (§ 6a (1)):

Im Statut für die Mitbestimmung in Wohnhausanlagen der Stadt
Wien wird die Wählbarkeit als Mietervertreter bzw. Mitglied des
Mieterbeirates für Hausbesorger und Personen, die mit Verwal-
tungsagenden in dem Wohnhaus betraut sind, ausgeschlossen (§ 10
Abs. 2). Eine analoge Regelung erscheint auch für die Mieterbe-
auftragten zweckmäßig, da auch ein Hausbesorger im Fall des zu-
lässigen Verzichtes auf den Anspruch auf eine Dienstwohnung
gemäß § 13 Abs. 5 Hausbesorgergesetz Hauptmieter in einem Miet-
haus sein kann und damit nach der derzeitigen Formulierung des
Entwurfes passiv wahlberechtigt wäre. Der sich mit der Wahl
eines Hausbesorgers bzw. einer Person, die mit Verwaltungs-
agenden in einem Wohnhaus betraut ist, zum Mieterbeauftragten
ergebende Interessenkonflikt sollte jedoch von vorneherein
vermieden werden.

Dem Präsidium des Nationalrates werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme zur Verfügung gestellt.

Für den Bundesminister:

H o l y

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Klaber